

auch auf nationaler Ebene eine „Nihil-obstat-Kommission“ oder „Mandatum-Kommission“ errichtet werden, die in Analogie zu c. 1733 §2 die Aufgabe haben könnte, dem Bischof im außergerichtlichen Bereich für die jeweilige Sachlage angemessene Entscheidungsvorschläge zu machen.

Ein solches Verfahren hätte den Vorteil, die endgültige Entscheidung des Bischofs als recht- und gesetzmäßig auszuweisen, dem betreffenden Kandidaten unter Beachtung des Informations- und Anhörungsrechts Rechtsschutz zu gewähren sowie damit das gesamte Verwaltungsverfahren transparent zu machen. In die Kommission selbst sollten Vertreter der kirchlichen Autoritäten und Hochschullehrer der betreffenden theologischen Disziplinen nach Wahl durch kirchliche Instanzen, Gremien und bei den Hochschullehrern durch ihre Fachverbände bestellt werden. Im Fall der Verweigerung des Nihil obstat sollten dem betreffenden Kandidaten die Gründe schriftlich mitgeteilt werden, die für die Entscheidung ausschlaggebend waren. Dem wäre seitens der kirchlichen Autorität eine Rechtsbehelfsbelehrung hinzuzufügen. Im Gegensatz zum zeitlich und organisatorisch langwierigen Lehrüberprüfungsverfahren der Deutschen Bischofskonferenz sollte die Zahl der Mitglieder einer solchen Kommission möglichst niedrig, die Mitglieder für diese Kommission durch die Arbeitsgemeinschaften der theologi-

schen Disziplinen gewählt und die Verfahrensschritte auf das Notwendigste beschränkt werden, so daß diese Kommission in der Lage wäre, effektiv und zügig zu arbeiten.

Eine solche Verfahrensordnung setzte allerdings voraus, daß inhaltlich bestimmte Rahmenrichtlinien gegeben sind, die sich jeweils an den konkordatären Bestimmungen auszurichten hätten und mit dem kirchlichen Recht übereinstimmen müßten. In ihnen müßten die recht- und gesetzmäßigen Bedingungen für die Erteilung des Nihil obstat benannt und der Ermessensrahmen für die bischöfliche Entscheidung dargestellt und erläutert werden. Das geltende kirchliche Recht bietet dafür etwa in den Bestimmungen zum kirchlichen Verkündigungsdienst und mit möglichen Sanktionen bei einschlägigen Straftatbeständen gegen den Glauben oder die Autoritäten der Kirche, sowie mit den normierten Rechten und Pflichten der in der amtlichen Lehrverkündigung tätigen Dozenten einen Rahmen für Lehre und Sitte, soweit er sich auf rechtlich relevante, d. h. äußerlich überprüfbare Tatbestände bezieht und sich so einer Überprüfung der Recht- und Gesetzmäßigkeit der Erteilung des bischöflichen Nihil obstat durch eine Kommission nicht entzieht. In diesem Bereich liegen allerdings zur Zeit die allein rechtlich nicht ausräumbaren Schwierigkeiten. *Ilona Riedel-Spangenberg*

Land im Ausnahmezustand

Der Irak vier Jahre nach der Kuwait-Krise

Dreieinhalb Jahre nach dem Golfkrieg liegt der Irak derzeit im Windschatten des allgemeinen Interesses. Das Land wird nach wie vor von der Baath-Partei unter Führung von Saddam Hussein beherrscht; die Auswirkungen des UN-Embargos machen sich in vielen Bereichen bemerkbar. Ungelöste Probleme gibt es im Verhältnis zwischen Sunniten und Schiiten sowie mit der kurdischen Minderheit im Norden des Landes. Der Orientalist Peter Heine hat vor kurzem den Irak besucht und faßt im folgenden Bericht seine Eindrücke zusammen.

Am 2. August jährt sich zum vierten Mal der Tag, an dem irakische Truppen in das benachbarte Scheichtum Kuwait einmarschierten und die zweite Golfkrise auslösten. Im Januar 1991 war dann von einer Koalition unter Führung der USA die Operation Wüstensturm durchgeführt worden, die zur schnellen irakischen Niederlage und dem Rückzug seiner Truppen aus Kuwait geführt hatte. Das UN-Embargo gegen den Irak ist noch immer in Kraft. Im Land dürfen nur Hubschrauber fliegen, eine Zone im Norden und eine im Süden sind für irakische Flugzeuge jeder Art verboten. Auch bei Beobachtern, die den Irak schon länger kennen, haben sich in den vergangenen Jahren widersprüchliche Vorstellungen über die aktuelle Situation feststellen lassen. Die Nachrichten sind häufig zu unterschiedlich, als daß man sich ein kla-

res und eindeutiges Bild machen könnte. Der persönliche Augenschein kann da manche Vorstellungen zurechtrücken. Man kann Bagdad nur auf dem Landweg erreichen. Der normale Weg ist der von Amman über eine ausgezeichnete neue Autobahn mit dem Taxi nach Bagdad; diese Fahrt kann bis zu 16 Stunden dauern.

Kaum jemand, der die Fernsehbilder von den Angriffen amerikanischer Marschflugkörper auf Bagdad und die mit ihnen verbundenen Zerstörungen gesehen hat, kann sich vorstellen, daß die irakische Hauptstadt heute keine Zerstörungen mehr aufweist, wenn man von einigen Bauten wie dem Amiriyya-Bunker absieht. In diesem Bunker war bei einem Angriff eine Vielzahl von Zivilisten auf schreckliche

Weise umgekommen. Er bleibt als historisches Denkmal in seiner zerstörten Form bestehen. Im übrigen weist Bagdad aber keine Kriegsschäden mehr auf: Die Brücken über den Tigris sind wieder hergestellt, besonders stolz sind die Einwohner auf eine neue zusätzliche, doppelstöckige Brücke, die den Aufbauwillen des Landes dokumentiert. Diese Aufbauleistungen sind insofern erstaunlich und zugleich für die neue Haltung der Iraker symptomatisch, als das Land bis 1990 bei seinen Bauvorhaben fast ausschließlich auf die Dienste internationaler Baufirmen angewiesen war, die aufgrund des Embargos in der Folgezeit nicht mehr im Irak tätig sein durften. In kurzer Zeit hat sich eine nationale Bauindustrie entwickelt, die einen internationalen Vergleich nicht fürchten muß.

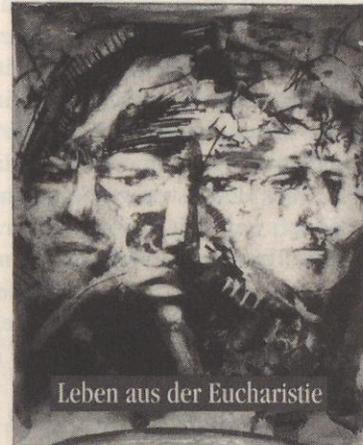
Diese Entwicklung läßt sich auch in anderen Wirtschaftszweigen feststellen. Auch dafür ein Beispiel: Da das Land keine Treibriemen für Autos einführen darf, baute man eine eigene Produktion für diese und andere Ersatzteile auf. Besonderer Wert wurde angesichts der aktuellen Situation auch auf die *Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion* gelegt. Das Land, das 1990 drei Viertel seiner Nahrungsmittel importieren mußte, ist heute nahezu in der Lage, die Basisernährung der Bevölkerung aus dem eigenen landwirtschaftlichen Anbau in den verschiedensten Produktionsbereichen sicherzustellen. In der noch durch das Embargo geprägten gegenwärtigen Situation erhalten alle Einwohner, gleichgültig ob irakische Staatsbürger oder nicht, über Bezugsscheine Mehl, Hülsenfrüchte, Zucker und Fett, die etwa 60 Prozent des lebensnotwendigen Grundbedarfs abdecken. Die gesamte Wirtschaftspolitik des Landes ist auf eine möglichst vollständige *Autarkie* ausgerichtet. Man will in der Zukunft nichts mehr kaufen, was man selbst herstellen kann, und der Wille, möglichst viel aus eigener Kraft zu leisten, ist weit verbreitet und wird von der Bevölkerung offensichtlich mitgetragen.

Die Mehrheit versucht, irgendwie durchzukommen

Diesen überraschend positiven Eindrücken stehen bedrückende Erfahrungen gegenüber. Zu den Folgen des Embargos gehört zum Beispiel eine unvorstellbare *Inflation*, die nicht durch entsprechende Lohnsteigerungen ausgeglichen wird. Es gibt in den Bazaren und Geschäften der Hauptstadt zwar viele Dinge zu kaufen, leisten kann sich diese aber kaum jemand. Ein Journalist bei einer der großen Zeitungen des Landes verdient ca. 800 Dinar im Monat. Dafür kann er sich nicht einmal 1 kg Fleisch kaufen. Ein Kilo Tomaten kostet auf dem freien Markt 190 Dinar, eine Flasche Bier 100 Dinar, das Frühstück im Hotel 350 Dinar. Die für nächstliche Verhältnisse relativ breite Mittelschicht ist gezwungen, überflüssigen Hausrat und Luxusartikel zu verkaufen. In der Empfangshalle des bekannten Raschid-Hotels in Bagdad findet man einen Flohmarkt, auf dem man Ölbilder,

Leben aus der Eucharistie

Henri J. M. Nouwen
Die Kraft
seiner Gegenwart



Herder

NEU: 96 Seiten, gebunden,
DM 22,80 /öS 178,- /SFr 23.80
ISBN 3-451-23469-6

Ein menschlich wie spirituell tiefer Neuzugang zu einem Glaubenthema, das heute zunehmend unverständlich zu werden droht. Angestoßen durch eigenes Suchen und Fragen, geht Henri J. M. Nouwen der Bedeutung der Eucharistie für das heutige Christsein nach. Er nimmt den Leser hinein in die spirituelle Bewegung der Emmausjünger, die von der Trauer zur Freude, von der Enttäuschung zur Erfüllung führt, und vermittelt, daß Eucharistie keine weltfremde Zauberei, sondern die Feier des Lebens selbst ist.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

Kristallkaraffen mit Gebrauchsspuren, Tafelschmuck etc. gegen Dollars kaufen kann. Es soll in den besseren Vierteln der Stadt Häuser geben, in denen außer einigen Matratzen kein weiterer Hausrat mehr zu finden ist. Der Mittelstand verarmt. Die schwierige Versorgungslage mit Lebensmitteln ist den Menschen auch äußerlich anzusehen.

Die Mehrheit der Iraker versucht, irgendwie durchzukommen. Sie verzichten aus Kostengründen auf die bei Orientalen so sehr beliebte Zigarette und verändern ihr Sozialverhalten. Iraker lieben es, auszugehen und sich gegenseitig in die Restaurants an den Ufern des Tigris einzuladen. Sie drücken sich so ihre gegenseitige Wertschätzung aus und können durch eine besonders umfängliche Einladungspraxis Sozialprestige gewinnen. Noch im Mai 1990 hatte man Mühe, abends einen Tisch in einem der traditionellen oder modernen Lokale der Hauptstadt zu bekommen. Heute sind die Restaurants leer, weil sich niemand mehr die exorbitanten Preise von zwei bis drei Monatsgehältern für ein Menü leisten kann. Dadurch werden die persönlichen Kontakte und der soziale Austausch fast unmöglich gemacht, da sich Iraker traditionell nur selten gegenseitig in ihren Häusern oder Wohnungen aufsuchen.

Besonders schwerwiegend wirken sich die UN-Sanktionen im *medizinischen Bereich* aus. Hier ist das Land immer noch auf Importe angewiesen. Zwar sind Medikamente vom Embargo ausgenommen, können jedoch nicht eingeführt werden, weil die irakischen Auslandsvermögen weiterhin eingefroren sind und die Lieferanten keine Kreditlinien vorgeben können, solange das Ende der Beschränkungen noch nicht abzusehen ist. Die häufig von offiziellen irakischen Stellen angegebene Zahl von 40 000 Toten jährlich infolge der Nahrungsmittelknappheit und fehlender Medikamente kann als durchaus realistisch angesehen werden.

Trotz der vielfältigen Beschwerden kann die Stimmung der Bevölkerung in der Hauptstadt nicht als bedrückt beschrieben werden. Bagdad ist heute ruhiger, weniger lärmend als andere orientalische Großstädte. Das liegt vor allem an dem Mangel an Batterien für Radiotransistorgeräte und Kassettenrekorder. Doch die üblichen Staus während der morgendlichen Rush-hour findet man auch in der irakischen Hauptstadt. Ein für ein orientalisches Land erstaunlich hoher Prozentsatz von Fahrzeugen wird dabei von Frauen gesteuert. Die Horsäle und Seminarräume der beiden Bagdader Universitäten sind überfüllt mit engagierten Studenten, die den ausländischen Besuchern mit traditioneller Freundlichkeit und lebhaftem Interesse entgegentreten. Auch das Studium wird durch das Embargo behindert. Neuere arabische oder westliche wissenschaftliche Literatur kann nicht importiert werden, im Land selbst erscheinen aufgrund des Papiermangels kaum noch Bücher, ja selbst an Papier für Notizen und Vorlesungsmitschriften fehlt es.

Dennoch wird Stolz über die Aufbauleistungen immer wieder deutlich zum Ausdruck gebracht. Ein junger Historiker wies seine Studenten auf geschichtliche Parallelen hin, indem er sagte: „Auch Deutschland und Japan haben einen großen Krieg verloren. Aber seht, wie diese beiden Länder

heute dastehen. Mit dem Irak wird es nicht anders sein. Wir haben nicht nur das Öl und andere Bodenschätze, wir haben eine leistungsfähige Landwirtschaft und genügend Wasser, vor allem aber haben wir eine gut ausgebildete, arbeitsfähige und leistungswillige Jugend. Worte wie *Inschalla* (Wenn Gott will), *Tidschi badschir* (Komm morgen) oder *Mechalef* (Macht nichts) werden nicht mehr verwendet. Stattdessen arbeiten die Iraker jetzt sofort und schnell.“ Das war nicht als eine offizielle Propaganda des Baath-Regimes gemeint. Die Neugier auf die Welt außerhalb des Landes ist unter den jungen Leuten sehr groß. Sie ist vor allem bei älteren Irakern verbunden mit der Sorge, vergessen zu werden. „Schreibt uns, schickt uns Photos, vergeßt uns nicht“, waren Bitten, die wir immer wieder hörten.

Auch in der baathistischen Führung des Landes hat lange Zeit die Sorge bestanden, daß der Irak ein ähnliches Schicksal wie Kuba oder Nordkorea erleiden könnte, nämlich jahrzehntelang von den politischen Entwicklungen in der Welt ausgeschlossen zu sein. Diese Gefahr besteht wohl nun nicht mehr; Bagdad ist heute voll von Geschäftsleuten aus Frankreich und Italien, aus dem Fernen Osten und aus Schweden. Eine große französische Ölfirma hat kürzlich einen Vertrag über die Ausbeutung des zweitgrößten Erdölvorkommens in der Welt, das in der Nähe von Kirkuk festgestellt worden ist, abgeschlossen. Auch einige Amerikaner trauen sich wieder in das Land. Allerdings fehlen immer noch die Deutschen; ihr Fernbleiben wird von den traditionell deutschfreundlichen Irakern nicht verstanden.

Die Schiiten sind derzeit ohne einheitliche Führung

Eine Mehrzahl von Irakern rechnet mit einer baldigen Aufhebung des UN-Embargos, da das Land die wichtigsten Bedingungen dafür erfüllt habe. Verständige und in Wirtschaftsfragen erfahrene Gesprächspartner wissen allerdings, daß die endgültige wirtschaftliche Erholung des Landes auch nach dem Ende der Beschränkungen noch eine geraume Zeit auf sich warten lassen wird. Man erwartet dann aber, daß zumindest ein Teil der mehr als eine Million Iraker (das sind fast 10 Prozent der Gesamtbevölkerung des Landes), die sich im Ausland aufhalten, zurückkehren wird. Viele von ihnen arbeiten als Professoren, Ärzte, Ingenieure oder Architekten in verschiedenen Staaten des Nahen Ostens. Der Irak hat in den vergangenen Jahren einen erheblichen „brain-drain“ erlitten, der sich zur Zeit noch nicht auswirkt, in der Zukunft aber schwerwiegende Folgen haben kann. Inzwischen versuchen die Behörden, durch astronomisch hohe Ausreisegebühren eine weitere Abwanderung der Intelligenzia einzudämmen.

Im Stadtbild von Bagdad finden sich bemerkenswert wenige militärische Kräfte. Auch bei Reisen durch das Land sind militärische und polizeiliche Kontrollen des Verkehrs selten. Man hat nicht den Eindruck, daß sich das Baath-Regime nur

durch offene Repression gegen die Bevölkerung an der Macht halten kann. Die meisten Iraker sind augenblicklich zu sehr damit beschäftigt, für das tägliche Brot zu sorgen, als daß sie sich um die innenpolitischen Machtverhältnisse Gedanken machen. Von einer bestimmten Position in der politischen Hierarchie ab verfügen alle Funktionäre der Baath-Partei und Offizielle der Regierungsbehörden auch in ihren Büros über Fernsehgeräte, auf denen sie den amerikanischen Nachrichtensender CNN empfangen. Sie sind also über die Entwicklungen auf den verschiedensten Gebieten in der Welt gut informiert. Die Invasion nach Kuwait, die das auslösende Moment für die gegenwärtige Situation war, wird kaum angesprochen. Wenn aber doch einmal das Gespräch darauf kommt, erhält man auch im vertraulichen Gespräch die kompromißlose Antwort, daß Kuwait ein Teil des Irak ist und sich diese historische Tatsache eines Tages gewiß durchsetzen werde.

Neben der *Kurdenfrage*, die ja nicht nur dem Irak große Schwierigkeiten bereitet, ist das Verhältnis zwischen irakischen *Sunniten* und *Schiiten* ein äußerst sensibles Thema. Der Verlauf dieser Beziehungen prägte seit 1921 die gesamte Geschichte des unabhängigen Staates Irak. Dabei hatten sich die Schiiten immer in der Situation einer Mehrheit gesehen, die im eigenen Land wie eine Minderheit behandelt wird. Die eindeutig auf eine Trennung von Staat und Religion ausgerichtete Politik, die die Baath-Partei seit ihrer Machtübernahme im Jahre 1968 verfolgt, hatte auch vielen Menschen aus dem schiitischen Milieu die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg geboten, wenn sie die säkularen Prinzipien der Baath-Ideologie akzeptierten. Hier mag eine der Ursachen für die politische Haltung liegen, die die überwiegende Mehrzahl der irakischen Schiiten in dem langwährenden irakisch-iranischen Krieg einnahmen. Sie identifizierten sich nicht mit ihren iranischen Glaubensbrüdern, sondern verhielten sich der Führung des Landes gegenüber loyal. Die schiitischen Aufstände nach der irakischen Niederlage von 1991 verursachten daher bei den Beobachtern eine gewisse Überraschung. Nach offizieller irakischer Meinung waren es iranische Agenten, die die schiitischen Aufstände in den heiligen Städten Kerbela und Nadjaf angezettelt hatten. Der offizielle Irak verschweigt diese Vorgänge nicht.

Man kann die heiligen Städte auch als Ausländer besuchen, darf die Heiligtümer aber, wie traditionell üblich, nicht betreten. Die Aufräum- und Restaurierungsarbeiten in den heiligen Städten sind noch nicht abgeschlossen. Die Beseitigung der Schäden wird von den Behörden zur Stadtsanierung und zur Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten in der näheren Umgebung der Wallfahrtsstätten genutzt. Die Kuppeln der berühmten Grabmoscheen erstrahlen aber schon wieder im Glanz der schwer vergoldeten Ziegel. Wie sicher sich das Baath-Regime in seiner Stellung auch gegenüber den Schiiten fühlt, wird beispielsweise aus der Tatsache deutlich, daß inzwischen wieder ausländische Pilger, vor allem aus den von Schiiten bewohnten Teilen des Libanon, die zahlreichen schiitischen Heiligtümer besuchen können.

Zur Selbstsicherheit des Regimes hat nicht zuletzt der Umstand beigetragen, daß der höchste Religionsgelehrte der gesamten schiitischen Welt, der in Nadjaf residierende Ayatollah *Abu l-Qasim al-Kho'i*, im August 1991 hochbetagt verstorben ist und der Streit um die Frage, wer seine Nachfolge als höchste schiitische Autorität in rechtlichen und religiösen Fragen antritt, bis auf den heutigen Tag andauert. Schiiten sind für die Erfüllung ihrer Glaubenspflichten und die Führung eines wahrhaft islamischen Lebens auf die Führung durch die religiöse Autorität eines Religionsgelehrten angewiesen. Die Führung eines Gläubigen durch „seinen“ Ayatollah gilt ein Leben lang. Da aber auch dieser Gelehrte in einem entsprechenden Abhängigkeitsverhältnis von einem älteren Gelehrten steht, ist im schiitischen Islam eine hierarchische Struktur von Religionsgelehrten entstanden, die nicht ganz zu Unrecht als Klerus bezeichnet worden ist. Nach übereinstimmender Meinung der Rechtsgelehrten kann diese Führung aber nur von einem lebenden Religionsgelehrten ausgehen.

In die Auseinandersetzungen um die Nachfolge von Ayatollah al-Kho'i mischen sich auch iranische und irakische Regierungsstellen ein. Aus schiitischer Sicht macht sich hier wiederum negativ bemerkbar, daß die juristische und praktische Form, in der der oberste Rechtsgelehrte bestimmt wird, immer noch nicht ausreichend beschrieben und festgelegt worden ist. Häufig wird derjenige Gelehrte als oberster Religionsgelehrter anerkannt, der die meisten Anhänger hat. Das wiederum ist kaum eindeutig festzustellen, weil die Anhängerschaft nicht notwendigerweise durch eine schriftliche oder anders notierte Erklärung dokumentiert wird. Die Gefolgschaft kann zwar auf diese Weise oder durch die Zahlung von bestimmten Almosen an den Gelehrten, der sie dann an Bedürftige weiter verteilt, sichtbar gemacht werden. Es ist aber auch möglich, daß ein Gläubiger in seinem Inneren entscheidet, daß er den Direktiven eines bestimmten, von ihm zudem weit entfernt wohnenden Gelehrten folgen will, ohne diese Tatsache zunächst bekanntzumachen. Infolgedessen läßt sich die Zahl der Anhänger eines Gelehrten nur höchst mangelhaft bestimmen. Es ist daher nicht auszuschließen, daß die Streitigkeiten um die Nachfolge des verstorbenen Ayatollah al-Kho'i noch länger andauern. Damit sind die irakischen Schiiten zur Zeit ohne einheitliche geistliche Führung. Zugleich befindet sich auch die religiöse Führerschaft der iranischen Schiiten in Konkurrenz um diese wichtige Position und ist deshalb geschwächt. Auch diese Tatsache ist dem Baath-Regime in Bagdad alles andere als unangenehm.

Das ungelöste Kurdenproblem

Ein besonderes Problem stellt in diesem Zusammenhang die Frage der schiitischen Marschbewohner im nördlich von Basra gelegenen Sumpfbereich an dem Zusammenfluß von Euphrat und Tigris dar. Pläne, dieses Sumpfbereich trocken-

zulegen und es intensiver landwirtschaftlich zu nutzen, gehen schon auf die frühen 70er Jahre zurück. Sie werden angesichts der Bemühungen um eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion energisch vorangetrieben. Wenn diese Sümpfe trockengelegt werden, bedeutet das das Ende für eine der ursprünglichsten Kulturen im Nahen Osten. Die irakische Regierung nutzt ihre landwirtschaftlichen Entwicklungspläne zugleich dazu, um in diesem unwegsamen Gebiet noch immer operierenden Gegnern den durch die Natur gegebenen Schutz zu entziehen. Dabei wird zwangsläufig auch die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft gezogen.

Nach Meldungen aus dem Iran und aus irakischen Oppositionskreisen in London gibt es einen ständigen Strom von Flüchtlingen über die Grenze. Unklar ist zur Zeit, welche ökologischen Folgen die Trockenlegung des Sumpfgebiets haben wird. Dabei muß noch in Betracht gezogen werden, daß zumindest das Wasser des Euphrat durch das in seinem türkischen Quellgebiet errichtete Staudammsystem des Atatürkdammes und durch den syrischen Asad-Damm für den Irak um die Hälfte reduziert worden ist. Dadurch haben Versalzung und Bodenerosion eingesetzt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich diese negativen Tendenzen verstärken werden, weil sich die Fließgeschwindigkeit des Schatt al-Arab nach der Trockenlegung erhöhen wird.

Das andere große innenpolitische Problem des Irak neben dem sunnitisch-schiitischen Konflikt ist sein großer kurdischer Bevölkerungsanteil. Die kurdischen Bemühungen um eine größere Eigenständigkeit hatten im Irak größere Erfolge als in anderen Staaten, in denen Teile dieses Volkes leben. Es hat auch unter baathistischer Herrschaft immer wieder Phasen gegeben, in denen einvernehmliche *Autonomiepläne* verabredet wurden. Sie sind in der Regel gescheitert. Allerdings hat die baathistische Führung im Irak im Gegensatz zu anderen nie versucht, den Kurden ihre nationale Identität abzusprechen: „Erst hat Saddam uns anerkannt, dann hat er uns getötet. Aber Özal (der ehemalige türkische Staatspräsident) hat nicht einmal unsere Identität anerkannt und uns zu Bergtürken gemacht.“ Auf diese Formel brachte eine junge Kurdin mir gegenüber einmal die Einstellung vieler Kurden gegenüber der irakischen Führung.

Die Einrichtung von Schutzzonen für die kurdische Bevölkerung durch die Vereinten Nationen wird von vielen Irakern als Eingriff in die Souveränität des Landes angesehen. Die Tatsache, daß türkische Militäreinheiten im Nordirak gegen kurdische Freischärler operieren dürfen, ohne daß die Weltorganisation dagegen vorgeht oder diese Tatsache auch nur offiziell zur Kenntnis nimmt, dienen der irakischen Führung als Hinweise auf die Tatsache, wie sehr in den UN mit zweierlei Maß gemessen wird. Die lange intern schwelenden und nun offen aufgebrochenen Spannungen zwischen verschiedenen kurdischen Fraktionen und Parteien schwächen zweifellos die kurdischen Positionen gegenüber der Türkei und dem Iran, aber natürlich auch gegenüber der irakischen Zentralregierung.

Wann wird das UN-Embargo gegen den Irak aufgehoben?

Die Frage, wann das UN-Embargo gegen den Irak aufgehoben wird, bildet einen ständigen Gesprächsstoff der Iraker untereinander, aber auch bei ihren Unterhaltungen mit ausländischen Besuchern. Nach irakischer Auffassung sind alle Bedingungen für die Aufhebung erfüllt. Auch einige Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates teilen diese Ansicht. Im Endeffekt werden jedoch wirtschaftliche Gründe und nicht etwa politische oder auf die Menschenrechtssituation bezogene Vorstellungen die Entscheidung über das Embargo-Ende bestimmen. Ein wichtiger Faktor ist dabei der Rohölpreis auf den internationalen Märkten. Solange der Preis niedrig ist, besteht kein Anlaß, irakischem Öl den Zugang zu den Märkten zu öffnen. Ölpreisanalytiker rechnen jedoch mit einem erheblichen Anziehen der Preise für die verschiedensten petrochemischen Grundstoffe für die Mitte des kommenden Jahres. Dann würde das irakische Öl möglicherweise mäßigend auf eine überzogene Preisentwicklung wirken. Der Irak wird wohl noch einige Zeit darauf warten müssen, wieder zu normalen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückzukehren.

Peter Heine

Kurzinformationen

Kontroverse Bewertungen des Wiederverheirateten-Hirtenbriefs deutscher Bischöfe

Der Hirtenbrief der drei Bischöfe der südwestdeutschen Kirchenprovinz, Oskar Saier, Walter Kasper und Karl

Lehmann, zur kirchlichen Haltung zu den wiederverheirateten Geschiedenen (vgl. HK, September 1993, 460 ff.; April 1994, 166) trifft weltweit weiterhin auf ein kontroverses Echo. Der Bischof von Corpus Christi (US-Bundesstaat Texas), Rene H. Gracida, kritisierte den Hirtenbrief der südwest-

deutschen Bischöfe öffentlich in einem eigenen Hirtenbrief zur Pastoral an Geschiedenen und wiederverheirateten Geschiedenen. Er bedauere es, wendet sich Gracida an seine Diözesanen, daß sie von Lehren „einiger Theologen und Hirten“ beeinflusst würden, die „mit der Lehre Papst